



Reden

18.04.2012

Thema: **Transparenzregister für Bayern**

Florian Streibl (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in einem der letzten Tagesordnungspunkte immer wieder das Wort "Transparenz" gehört. Wir haben hier den Antrag gestellt, ein Transparenzregister einzurichten. Es sollten die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass im Landtag und bei der Staatsregierung ein solches Register geführt wird. Es besteht ein legitimes Interesse von Verbänden und gesellschaftlichen Gruppierungen, ihre Anliegen gegenüber der Legislative und der Exekutive zu formulieren und vorzubringen. Dies gehört mit zu dem politischen Kräftespiel. Allerdings ist es wichtig, hier Transparenz zu haben, damit wir wissen, wer hier im Haus ein- und ausgeht, wer hier Informationen hinterlässt und - das ist noch viel wichtiger - wer die Staatsregierung mit Informationen versorgt und wo das passiert. Ganz deutlich wird diese Problematik zum Beispiel dann, wenn ein Entwurf zu einem Gesetz von der Staatsregierung eingebracht wird. Zuvor wird dazu immer eine Verbandsanhörung im Bereich der Staatsregierung durchgeführt. Dazu werden Verbände angeschrieben. Ihnen wird der Gesetzentwurf vorgelegt, zu dem sie Stellungnahmen abgeben sollen. Aber wir erfahren hier im Hause nicht, welche Verbände Stellungnahmen abgegeben haben. Das halte ich, gelinde gesagt, für einen Skandal. Es wäre gut, wenn es zumindest ein Register gäbe, aus dem man ersehen könnte, welche Verbände bei der Anhörung zu Rate gezogen worden sind. Man möchte ja vielleicht auch einmal selber nachfragen, welche Stellungnahmen die Verbände abgegeben haben. Dann kann man auch nachvollziehen, welche von den Verbänden geäußerten Meinungen in die Gesetzentwürfe eingeflossen sind. Was von diesen Meinungen in den Entwürfen auftaucht, kann ja gut sein. Aber wir wollen wissen, was gespielt wird, wo Einflussnahmen erfolgt sind und Meinungen weitertransportiert werden. Ein Transparenzregister wäre der erste Schritt, auf diesem Gebiet einmal Klarheit zu schaffen. Es handelt sich dabei auch um einen legitimen Anspruch der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Sie möchten wissen, wer nicht nur bei uns, sondern auch bei der Staatsregierung seine Meinungen vorträgt und berücksichtigt sehen möchte. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Der Landtag und die Staatsregierung sollen darstellen, welche Verbände, welche Organisationen, welche gesellschaftlichen Gruppierungen Informationen geliefert haben, wer also unsere Meinungen mit prägen will. Ob diese Prägung dann stattfindet, ist eine andere Frage. Wir sind es der Arbeit in diesem Hause, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern draußen schuldig, das Register zu führen. Unser Antrag ist einer der vielen Anträge, die wir zur Herstellung der Transparenz in der bayerischen Politik gestellt haben. Ich erinnere an unseren Entwurf zum Informationsfreiheitsgesetz, unseren Antrag betreffend Parteispenden und unsere Anträge zur E-Demokratie sowie an den Antrag, den wir zu den Stellungnahmen der Verbände gestellt haben. Machen wir uns doch gemeinsam auf den Weg, das Register zu führen. Der Bundestag hat schon ganz rudimentäre Schritte in dieser Richtung getan. Bei der Europäischen Kommission gibt es ein solches Register. Auch andere Landesparlamente denken zunehmend darüber nach, so ein Register einzuführen. In Berlin und Brandenburg gibt es darüber Diskussionen. Der Landtag Rheinland-Pfalz ist dabei, ein solches Register in seiner Geschäftsordnung vorzusehen. Ich fände es schön, wenn die Fraktionen dieses Hauses den Vorschlag tragen und unterstützen. Hierum bitte ich nochmals.
(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)